

# Antrag L1: Gemeinsam stark gegen Kinder- und Jugendgewalt

Laufende Nummer: 17

Antragsteller:	Landesvorstand
Status:	angenommen

1 Kinder- und Jugendgewalt ist eine ernstzunehmende und wachsende Herausforderung für  
2 Schleswig-Holstein. Während die Kriminalität im Land insgesamt rückläufig ist, bleibt  
3 die Belastung durch Gewaltkriminalität im Bereich der Jugend weiterhin hoch. Diese  
4 Übergriffe finden oft in Gruppen und im öffentlichen Raum statt, was die Sichtbarkeit  
5 des Problems ebenfalls erhöht und das Sicherheitsgefühl in unseren Gemeinden  
6 beeinträchtigt. Wirksame, präventive und soziale Interventionen durch lokale Behörden  
7 und unser Bildungssystem sind dringend geboten, um eine Eskalation der Gewalt zu  
8 verhindern und sichere Lern- und Lebensräume zu fördern.

9 Die alarmierenden Entwicklungen zeigen deutlich, dass es nicht mehr ausreicht, das  
10 Thema Kinder- und Jugendgewalt nur zu diskutieren – es muss aktiv und umfassend  
11 gehandelt werden. Frühe Erkennung von Risikofaktoren, gezielte Unterstützung für  
12 gefährdete Kinder und Jugendliche sowie der gezielte Ausbau sozialer Kompetenzen sind  
13 notwendig, um Gewalttaten zu verhindern und das Wohlbefinden junger Menschen zu  
14 fördern. So fällt auf, dass Jungen überproportional häufig sowohl als Täter als auch  
15 als Opfer vertreten sind. Forschungsergebnisse belegen, dass Jugendgewalt häufig in  
16 Zusammenhang mit psychischen Belastungen und problematischen familiären Verhältnissen  
17 steht. Auch das Risiko von Gewalt unter Gleichaltrigen wird durch unzureichende  
18 Unterstützung in Bildungsinstitutionen verstärkt, während soziale Medien zunehmend  
19 als Plattformen für Mobbing und Gewalt dienen. Daher ist es unerlässlich, verstärkt  
20 präventive Maßnahmen zu entwickeln und eine bessere institutionelle Vernetzung und  
21 Zusammenarbeit zu fördern. Schulen und Kindertagesstätten müssen sichere Orte sein,  
22 an denen Kinder und Jugendliche Geborgenheit und Unterstützung erfahren.

23 Eine stabile, sichere und gewaltfreie Kindheit und Jugend ist nicht nur ein  
24 persönliches, sondern auch ein gesellschaftliches Anliegen, denn sie legt den  
25 Grundstein für eine gesunde und konstruktive Entwicklung. Dieser Antrag fordert daher  
26 gezielte Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche emotional und sozial stärken sollen.  
27 Dazu gehören erweiterte Präventionsangebote, der Ausbau bestehender Beratungs- und  
28 Unterstützungsstrukturen sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Schulen, sozialen  
29 Einrichtungen und Familien. Nur durch ein konsequentes und gemeinsames Vorgehen  
30 können wir es schaffen, die Sicherheit junger Menschen nachhaltig zu verbessern und  
31 ihnen eine Kindheit und Jugend ohne Angst vor Gewalt zu ermöglichen.

## 32 **Frühwarnsystem für Schulen und Jugendhilfe**

33 Ein wirksames Frühwarnsystem zur Früherkennung und Prävention von Gewaltentwicklungen  
34 unter Kindern und Jugendlichen ist entscheidend, um gezielt gegen eskalierende Gewalt  
35 vorzubeugen und gefährdete junge Menschen frühzeitig zu unterstützen. Zur Umsetzung  
36 eines solchen Systems ist eine intensive und kontinuierliche Kooperation zwischen  
37 Schulpsychologen, Sozialarbeitern, Lehrkräften und Jugendhilfeeinrichtungen  
38 notwendig. Diese Vernetzung würde sicherstellen, dass Anzeichen für auffälliges oder  
39 potenziell gewaltbereites Verhalten frühzeitig identifiziert werden können. Experten  
40 betonen, dass insbesondere in Krisensituationen – etwa bei auffälligen sozialen  
41 Rückzügen oder plötzlichen Verhaltensänderungen – ein schneller Informationsaustausch

42 zwischen Schule und Jugendhilfe entscheidend ist, um geeignete Hilfsmaßnahmen  
43 einzuleiten.

44 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 45 • den Aufbau eines umfassenden Frühwarnsystems zur Prävention von  
46 Gewaltentwicklungen, das auf der Zusammenarbeit aller relevanten Akteure,  
47 insbesondere von Schulpsychologinnen und -psychologen, Sozialarbeiterinnen und -  
48 arbeitern und Jugendhilfeeinrichtungen unter Einbindung der Jugendämter basiert.

#### 49 **Zentrale Schnittstelle für effizientere Gewaltprävention**

50 Die Einführung einer zentralen Schnittstelle zwischen Schule, Polizei und Jugendhilfe  
51 ist sinnvoll, um die Zusammenarbeit der zentralen Akteure im Bereich Bildung,  
52 Jugendhilfe und Sicherheit weiter zu stärken. Diese Schnittstelle soll als  
53 Kommunikationsplattform dienen, die den direkten Austausch relevanter Informationen  
54 ermöglicht und präventive Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendgewalt gezielt  
55 unterstützt. Sie würde es beteiligten Institutionen erleichtern, gemeinsam auf  
56 Bedrohungen zu reagieren und präventive Maßnahmen zu koordinieren. Damit der Staat  
57 konsequent gegen Jugendgewalt vorgehen kann, ist zudem der Ausbau von  
58 Präventionsstreifen rund um Schulen, die Einführung spezieller Ansprechpersonen für  
59 Schulen innerhalb der Ordnungsbehörden und die Bereitstellung von Ansprechpartnern  
60 für Eltern in Gewaltsituationen sinnvoll. Mit einer solchen Vernetzung und konkreten  
61 Maßnahmen würde Schleswig-Holstein ein Vorbild für einen koordinierten,  
62 flächendeckenden Ansatz in der Jugendgewaltprävention setzen, der Schule, Polizei und  
63 Jugendhilfe gezielt vereint und die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen im Land  
64 verbessert.

65 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 66 • die Einführung einer zentralen Schnittstelle zwischen Schulen, Polizei und  
67 Jugendhilfeeinrichtungen, um eine lückenlose und präventive Zusammenarbeit bei  
68 der Bekämpfung von Jugendgewalt zu gewährleisten.

#### 69 **Ein starker Rechtsstaat gegen Jugendgewalt**

70 Zur wirksamen Bekämpfung der Jugendgewalt und der allgemeinen Kriminalität,  
71 insbesondere an Kriminalitätsschwerpunkten, bedarf es präventiver, digitaler und  
72 personeller Maßnahmen, die für eine erhöhte Sicherheit in Schleswig-Holstein sorgen.  
73 Nur so stellen wir sicher, dass Schleswig-Holstein nicht nur auf aktuelle  
74 Herausforderungen im Bereich der Jugendgewalt reagieren kann, sondern auch nachhaltig  
75 Strukturen schafft, um zukünftige Risiken zu minimieren und das Sicherheitsgefühl in  
76 der Bevölkerung zu stärken. Die Einrichtung von Waffenverbotszonen an  
77 Kriminalitätsschwerpunkten kann dazu beitragen, das Risiko gewalttätiger Konflikte  
78 durch das Mitführen gefährlicher Gegenstände zu reduzieren. Solche Zonen setzen ein  
79 klares Signal, dass der Besitz von Waffen in gefährdeten Gebieten nicht toleriert  
80 wird, und schaffen damit eine sicherere Umgebung. Eine gezielte Videoüberwachung an  
81 Kriminalitätsschwerpunkten und auf Schulhöfen zur Nachtzeit dient ebenfalls als  
82 wirksames Mittel der Abschreckung und der Aufklärung. Sie bietet der Polizei zudem  
83 die Möglichkeit, in Echtzeit auf verdächtige Aktivitäten zu reagieren. Bei der  
84 strafrechtlichen Verfolgung von Gewaltdelikten durch Jugendliche sollte zudem  
85 häufiger auf vorrangige Verfahren gesetzt werden, damit Gewalt nicht nur konsequent,  
86 sondern auch schnell geahndet wird. Ein schnellerer Abschluss der Verfahren

87 unterstützt die präventive Wirkung, da Täter rasch mit den Konsequenzen ihrer  
88 Handlungen konfrontiert werden. Um den Justizdienst für Berufseinsteiger attraktiver  
89 zu gestalten, braucht es gezielte Anreize, wie z. B. bessere Einstiegsgehälter oder  
90 flexible Arbeitsmodelle. Eine attraktive Gestaltung des Berufs fördert den Nachwuchs  
91 im Justizdienst, was langfristig die Bearbeitungskapazitäten bei Kriminalfällen und  
92 die allgemeine Effizienz der Justiz stärkt. Der Personalaufbaus bei der Landespolizei  
93 muss ebenfalls unbedingt fortgeführt werden. Trotz einer schwierigen Haushaltslage  
94 ist die Beibehaltung des Personalaufbaus bei der Polizei entscheidend, um  
95 Kriminalität wirksam zu bekämpfen. Eine starke Polizeipräsenz, besonders an  
96 Kriminalitätsschwerpunkten, fördert das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und  
97 erleichtert schnelle Eingriffe bei Gewaltdelikten.

98 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 99 • die Einrichtung von Waffenverbotszonen an Orten mit Kriminalitätsschwerpunkt,
- 100 • ein stärkerer Einsatz von Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten,
- 101 • die häufigere Anwendung von vorrangigen Verfahren bei Jugendkriminalität bei  
102 Gewaltdelikten,
- 103 • eine attraktivere Gestaltung des Justizdienstes, insbesondere für  
104 Berufseinsteiger,
- 105 • eine Beibehaltung des Personalaufbaus bei der Landespolizei auch in Zeiten  
106 angespannter Haushaltslagen.

#### 107 **Opferschutz in Gerichtsverhandlungen stärken**

108 Ein Gerichtsprozess ist für Opfer von Straftaten oft ein sehr belastendes und  
109 emotional strapazierendes Erlebnis. Aufgrund der Überlastung der Justiz vergeht  
110 häufig viel Zeit, bis es zur Verhandlung kommt. Während dieser Wartezeit wird den  
111 Opfern oft davon abgeraten, psychologische Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Dies  
112 führt dazu, dass traumatische Erlebnisse unbewältigt bleiben und sich das Trauma  
113 häufig noch weiter verschlimmert.

114 Für viele Opfer bedeutet die Gerichtsverhandlung außerdem die erste direkte Begegnung  
115 mit dem Täter seit der Tat. Das Verhandlungsgeschehen, insbesondere intensive  
116 Rückfragen durch den Richter, die Staatsanwaltschaft, den Strafverteidiger, den Täter  
117 selbst sowie den eigenen Anwalt, kann eine Retraumatisierung auslösen. Besonders  
118 gefährdet sind hierbei Opfer von Sexualdelikten und minderjährige Opfer von  
119 Gewaltverbrechen.

120 Eine Videobefragung bietet Opfern die Möglichkeit, an einem Gerichtsprozess  
121 teilzunehmen, ohne dem Täter direkt zu begegnen oder sich den Fragen mehrerer  
122 Personen stellen zu müssen. Bei einer Videobefragung wird das Opfer in einem  
123 separaten Raum allein durch den Richter befragt, während die Befragung in Echtzeit in  
124 den Gerichtssaal übertragen wird. Rückfragen der Staatsanwaltschaft oder des  
125 Strafverteidigers werden gesammelt und anschließend vom Richter an das Opfer  
126 weitergegeben.

127 Die Videobefragung trägt somit wesentlich dazu bei, das Risiko einer  
128 Retraumatisierung zu verringern und den Opferschutz zu stärken.

129 Die Infrastruktur für Videobefragungen ist teilweise gut ausgebaut. Dennoch werden  
130 Videobefragung an vielen Gerichten nur mit Kindern unter 14 Jahren geführt und nicht

131 wie an anderen Gerichten auch jugendlichen Opfern und Opfern von Vergewaltigungen  
132 angeboten. Opferschutz darf nicht von dem Gericht abhängen!

133 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

134 • die verpflichtende Möglichkeit für minderjährige Opfer von Gewaltstraftaten und  
135 für Opfer von Vergewaltigungen vor Gericht eine Videobefragung zu wählen.

136 • leicht zugängliche und transparente Informationen im Internet zum Verlauf von  
137 Gerichtsprozessen für Opfer von Straftaten, mit unzensurierten Opferberichten.

138 • Informationspflicht für Folgeangebote für Opfer von Gewaltstraftaten nach der  
139 Befragung.

140 • die schnelle Umsetzung der Richtlinie 2012/29/EU und dabei insbesondere Artikel  
141 acht zum Recht auf Zugang zu Opferunterstützung und die Umsetzung der EU-  
142 Strategie für die Rechte von Opfern im Zeitraum von 2020 – 2025, sowie die  
143 Erarbeitung einer Strategie zur Verbesserung des Opferschutzes in Deutschland.“

#### 144 **Geschult Gewalt vorbeugen**

145 Zur Stärkung der Gewaltprävention in Schulen müssen Lehrkräfte und Schulpersonal  
146 umfassend geschult und weitergebildet werden. Dafür müssen gezielte  
147 Präventionsangebote und Fortbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte und pädagogisches  
148 Personal systematisch ausgebaut werden. Diese Angebote sollten regelmäßige  
149 Fortbildungen sowie Fachtage umfassen, die auf aktuelle Herausforderungen der  
150 Jugendgewalt und Entwicklungen in der Gewaltprävention eingehen. Insbesondere bei  
151 belasteten sozialen Gruppen und in bestimmten Umfeldsituationen nimmt Jugendgewalt  
152 weiter zu. Fortbildungen für Lehrkräfte sollten daher gezielt auf die Früherkennung  
153 von Risikofaktoren wie sozialen Auffälligkeiten oder Verhaltensänderungen eingehen  
154 und Handlungsstrategien vermitteln, die eine weitere Eskalation im Ernstfall  
155 verhindern.

156 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

157 • die systematische Schulung von Lehrkräften und Schulpersonal im Bereich der  
158 Gewaltprävention durch den Ausbau von regelmäßigen Fortbildungen, Fachtagen und  
159 spezifischen Präventionsangeboten.

#### 160 **Kinder und Jugendliche emotional und sozial stärken**

161 Programme und Angebote zur Förderung der emotionalen und sozialen Kompetenzen sind  
162 entscheidend, um junge Menschen in der Entwicklung positiver sozialer  
163 Verhaltensweisen zu unterstützen und präventiv gegen Gewalt und Aggressionen  
164 vorzugehen. Studien belegen, dass insbesondere die Förderung von Empathie,  
165 Konfliktlösungsfähigkeiten und Teamarbeit die Resilienz von Kindern und Jugendlichen  
166 stärkt und das Risiko von Gewalttaten erheblich verringern kann. In Schleswig-  
167 Holstein haben bisherige Initiativen wie Schulprogramme zur Gewaltprävention bereits  
168 positive Ergebnisse gezeigt, doch es bleibt weiterhin eine Herausforderung, diese  
169 Angebote flächendeckend und nachhaltig in das Schulsystem zu integrieren.

170 Die Landesregierung soll daher nicht nur bestehende Programme fördern, sondern auch  
171 neue, innovative Ansätze entwickeln, die sowohl in der Schule als auch außerhalb  
172 greifen, beispielsweise im Rahmen von Freizeitangeboten oder sozialen Projekten.  
173 Diese Maßnahmen sollten auf die spezifischen Bedürfnisse der Jugendlichen in  
174 verschiedenen sozialen Kontexten eingehen und durch eine partnerschaftliche

175 Zusammenarbeit zwischen Schulen, Jugendhilfe und Vereinen zusätzlich unterstützt  
176 werden. Durch die Stärkung dieser Angebote wird es möglich, einen umfassenden  
177 präventiven Ansatz zu schaffen, der junge Menschen nicht nur vor Gewalt schützt,  
178 sondern auch dazu beiträgt, dass sie zu verantwortungsvollen und respektvollen  
179 Mitgliedern der Gesellschaft heranwachsen.

180 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 181 • schulische wie außerschulische Programme und Angebote zur Förderung der  
182 emotionalen und sozialen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen verstärkt zu  
183 unterstützen und auszubauen.

#### 184 **Beratungs- und Unterstützungsangebote für Familien ausbauen**

185 Problematische familiäre Verhältnisse, wie etwa Vernachlässigung, Missbrauch oder das  
186 Fehlen stabiler Bezugspersonen, stehen häufig mit einem erhöhten Risiko für  
187 gewalttätiges Verhalten bei Jugendlichen in Verbindung. Um diese Ursachen adäquat zu  
188 adressieren, sind verstärkte und niedrigschwellige Beratungsangebote erforderlich.

189 Der Ausbau solcher Angebote ist entscheidend, um betroffenen Familien frühzeitig  
190 Unterstützung zukommen zu lassen. Dazu gehören sowohl persönliche Beratung als auch  
191 telefonische und digitale Angebote, die eine niedrigschwellige, leicht zugängliche  
192 Hilfe ermöglichen. Viele betroffene Familien scheuen oft den Weg zu traditionellen  
193 Beratungsstellen, sei es aus Scham oder aus Unkenntnis über bestehende Angebote.  
194 Daher müssen diese Ressourcen bekannter gemacht und leichter zugänglich gemacht  
195 werden, um die Hemmschwelle zur Inanspruchnahme von Unterstützung zu senken. Dies  
196 muss Hand in Hand mit einer verstärkten Kooperationen zwischen Schulen, Jugendämtern  
197 und Familienberatungsstellen gehen, damit eine ganzheitliche Unterstützung für die  
198 betroffenen Jugendlichen und ihre Familien sichergestellt wird.

199 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 200 • den Ausbau der Kapazitäten in der Familienberatung und der Kinder- und  
201 Jugendhilfe, um familiäre Ursachen von Jugendgewalt gezielt anzugehen.

#### 202 **Geschlechtsspezifische Angeboten ausweiten**

203 Studien zeigen, dass Jungen häufiger als Täter und Opfer von Gewalt in Erscheinung  
204 treten. Der Tatsache, dass Jugendgewalt überwiegend männlich geprägt ist, muss  
205 Rechnung getragen werden. Präventionsprogramme, die gezielt auf die Bedürfnisse von  
206 Jungen eingehen, sind daher von besonderer Bedeutung, um gewaltpräventive Maßnahmen  
207 und eine gesunde, gewaltfreie Sozialisation zu fördern. Das Konzept der sogenannten  
208 „Jungenpädagogik“ bietet einen vielversprechenden Ansatz, um Jungen in ihrer  
209 emotionalen und sozialen Entwicklung zu stärken. Hierbei wird besonderer Wert  
210 daraufgelegt, die oft als typisch männlich wahrgenommenen Verhaltensweisen wie  
211 Aggressionen und Konfliktbereitschaft in konstruktive Bahnen zu lenken und eine  
212 gewaltfreie Kommunikation zu fördern. Gleichzeitig müssen auch geschlechtsspezifische  
213 Angebote für Mädchen gestärkt werden, um geschlechterübergreifend Gewalt vorzubeugen  
214 und zu einem respektvollen Miteinander beizutragen.

215 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 216 • den Ausbau spezieller geschlechtsspezifischer Präventionsangebote für Jungen und  
217 Mädchen.

#### 218 **Präventiver Schutz gegen Gewalt im digitalen Raum**

219 Angesichts der zunehmenden Zahl von Fällen von Cybermobbing und anderen Formen  
220 digitaler Gewalt müssen Kinder und Jugendliche besser vor den Gefahren des Internets  
221 geschützt werden. Immer mehr junge Menschen sind nicht nur in Schleswig-Holstein von  
222 Cybermobbing betroffen, was sowohl ihre psychische Gesundheit als auch ihre  
223 schulische Leistung beeinträchtigt. Nur durch eine verstärkte Aufklärung und den  
224 Ausbau sicherer Unterstützungsstrukturen wird es gelingen, junge Menschen wirksam vor  
225 den schädlichen Auswirkungen digitaler Gewalt zu schützen.

226 Dafür braucht es gezielte Aufklärungskampagnen in Schulen, die den sicheren Umgang  
227 mit sozialen Medien und digitalen Plattformen fördern. Kinder und Jugendliche müssen  
228 für die Gefahren von Cybermobbing, Datenschutzverletzungen und anderen Risiken  
229 digitaler Kommunikation sensibilisiert werden. Auch die Förderung von  
230 Medienkompetenz, die den Jugendlichen hilft, Risiken frühzeitig zu erkennen und sich  
231 selbst zu schützen.

232 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 233 • die Weiterentwicklung und den Ausbau von Präventionsangeboten zum Schutz vor  
234 digitaler Gewalt und Risiken in sozialen Medien.

### 235 **Ein „Runder Tisch“ für betroffene Schulen**

236 Um Konflikte an Schulen frühzeitig und strukturiert zu lösen, braucht es einen  
237 umfassenden Leitfaden als praktisches Instrument bei Konflikten und  
238 Krisensituationen, der die Einberufung von „Runden Tischen“ systematisch unterstützt.  
239 Solche Runden Tische bringen alle relevanten Akteure zusammen, darunter  
240 Schulpersonal, Schulpsychologen, Sozialarbeiter, Vertreter der Jugendhilfe, die  
241 Polizei und Elternvertretungen. Durch regelmäßige Treffen können mögliche Konflikte  
242 oder Gewalttrisiken frühzeitig erkannt und gemeinsam Lösungsansätze erarbeitet werden,  
243 um präventiv auf Spannungen zu reagieren und Eskalationen zu verhindern.

244 In einem solchen Leitfaden würden nicht nur die organisatorischen Schritte und  
245 Zuständigkeiten festgelegt werden, sondern auch Handlungsprinzipien für eine  
246 konstruktive Konfliktlösung geboten werden. Erfahrungen aus anderen Bundesländern  
247 zeigen, dass eine enge Kooperation der vielen Akteure besonders erfolgreich ist, wenn  
248 sie auf klar definierten Kommunikationswegen basiert und das Vertrauen aller  
249 Beteiligten stärkt. Die Runde-Tisch-Treffen sollten ebenfalls auf Daten und  
250 Erkenntnissen der polizeilichen Kriminalstatistik aufbauen, die konkret aufzeigt, in  
251 welchen Kontexten und sozialen Gruppen Konflikt- und Gewaltpotenziale erhöht sind.  
252 Schulen können so zu sicheren und stabilen Lernorten werden, die präventiv auf  
253 Konflikte reagieren und langfristig ein respektvolles Miteinander fördern.

254 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 255 • die Entwicklung eines Leitfadens durch die Landesregierung zur systematischen  
256 Einberufung von „Runden Tischen“ an Schulen, die in Konfliktlagen alle  
257 relevanten Akteure zusammenbringen, um frühzeitig und koordiniert Lösungen zu  
258 erarbeiten und eine Eskalation zu verhindern.

### 259 **Auf dem neuesten Stand in Gewalt- und Krisensituationen**

260 Der „Notfallwegweiser“ ist ein bewährtes Instrument, das Schulen in Schleswig-  
261 Holstein klare Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Krisen- und Gewaltvorfällen  
262 gibt. Er fördert die Zusammenarbeit zwischen Schulpersonal, Polizei, Jugendhilfe und

263 anderen relevanten Institutionen, um schnelle und koordinierte Maßnahmen zu  
264 ergreifen, die die Sicherheit der Schüler gewährleisten.

265 Die Entwicklungen der letzten Jahre, einschließlich der zunehmenden Jugendgewalt und  
266 der wachsenden Bedeutung digitaler Medien als Plattformen für Mobbing und  
267 Aggressionen, machen eine regelmäßige Überprüfung und Aktualisierung dieser Leitfäden  
268 erforderlich. Es muss sichergestellt werden, dass der „Notfallwegweiser“  
269 kontinuierlich an neue Erkenntnisse angepasst wird und die darin enthaltenen  
270 Handlungsempfehlungen auf dem neuesten Stand der Forschung basieren. Zusätzlich  
271 sollte der Wegweiser digital zugänglich gemacht werden, um Schulen, Lehrkräften und  
272 weiteren Fachkräften eine schnelle und unkomplizierte Nutzung in Krisensituationen zu  
273 ermöglichen. Dies stellt ebenfalls sicher, dass Schulen jederzeit auf die aktuellen  
274 und besten Praxistipps zugreifen können, auch bei schnellen, sich entwickelnden  
275 Notfällen. So werden Schulen in unserem Land in die Lage versetzt, auf jede Form von  
276 Krisensituation adäquat zu reagieren.

277 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 278 • die Überarbeitung und Anpassung des „Notfallwegweisers“ sowie vergleichbarer  
279 Leitfäden an neueste wissenschaftliche Erkenntnisse und aktuelle  
280 Herausforderungen im Bereich der Gewaltprävention und Krisenbewältigung an  
281 Schulen.

#### 282 **Unterstützung bei psychosozialen Folgen von Krisen festigen**

283 Das Sofortprogramm „Unterstützung bei psychosozialen Folgen von Krisen“, das in  
284 Krisenzeiten psychologische Hilfe und Unterstützung für Kinder und Jugendliche  
285 bereitstellt, hat sich als wertvolle Hilfe erwiesen, um den psychischen Belastungen  
286 von Schülerinnen und Schülern und Jugendlichen im Allgemeinen in Krisenzeiten zu  
287 begegnen und ihnen gezielte Unterstützung anzubieten. Das Programm sollte daher  
288 zunächst auf die tatsächliche Wirksamkeit der angebotenen Hilfsangebote sowie die  
289 Anzahl der Inanspruchnahmen evaluiert werden. Auf Basis der Ergebnisse sollen dann,  
290 sofern sich das Programm als Erfolg darstellt, nachhaltige Strukturen entwickelt  
291 werden, die sicherstellen, dass auch in zukünftigen Krisensituationen schnell und  
292 unbürokratisch Hilfe zur Verfügung steht. Langfristig könnte dieses Programm somit  
293 als integraler Bestandteil des schulischen und sozialen Unterstützungssystems  
294 etabliert werden, um die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auch  
295 außerhalb von akuten Krisenzeiten zu fördern.

296 Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert:

- 297 • eine Evaluierung des Sofortprogramms „Unterstützung bei psychosozialen Folgen  
298 von Krisen“ und eine dauerhafte Etablierung als fester Bestandteil des Bildungs-  
299 und Jugendhilfesystems.